

FDP Landesverband Niedersachsen, Walter-Giesecking-Straße 22, 30159 Hannover

Landeselternrat Niedersachsen  
Berliner Allee 19  
30175 Hannover

## Wahlprüfsteine zur Landtagswahl

Hannover, 29. September 2017  
Zeichen: SB

**Dr. Stefan Birkner MdL**  
Landesvorsitzender

Freie Demokratische Partei

Heinrich-Jürgens-Haus  
Walter-Giesecking-Straße 22  
30159 Hannover

Telefon: 0511 2 80 71 -0  
Fax: 0511 2 80 71 -25

birkner@fdp-nds.de  
www.fdp-nds.de

Sehr geehrter Herr Finke,

vielen Dank für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine, zu denen auch wir Freie Demokraten Niedersachsen uns positionieren.

1. Ja. Wir wollen die Elternmitwirkung in der Schule insgesamt ausbauen. Davon unbenommen haben erwachsene Schülerinnen und Schüler alle Rechte und Pflichten, die ihnen als Volljährigen zustehen.

2. Der Breitbandausbau muss vom Land durchgeführt werden und darf nicht auf die Kommunen abgewälzt werden. Das Land finanziert und realisiert, die Kommunen unterstützen dabei, so wird der Ausbau beschleunigt. Der Ausbau des schnellen Internets ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Wir Freie Demokraten wollen deshalb, dass der Bund seine direkten und indirekten Aktienbeteiligungen an der Deutsche Telekom AG und der Deutsche Post AG vollständig verkauft. Mit den Erlösen aus der Privatisierung lässt sich die notwendige Infrastruktur für die Gigabitgesellschaft stärken, damit Deutschland und damit auch Niedersachsen endlich den technologischen Anschluss an andere europäische Länder findet. Deshalb wollen wir den Erlös aus dem Verkauf der Beteiligungen vollständig in den Ausbau des Glasfasernetzes investieren.

3. Wir setzen uns dafür ein, dass die Förderschulen erhalten bleiben und die Förderschulen Lernen, sowohl im Primarbereich, als auch im Sekundarbereich, fortgeführt werden können. Dort, wo die Förderschulen bereits ausgelaufen sind oder wo es spezielle regionale Bedürfnisse gibt, wollen wir die Einrichtung von Kooperationsklassen (Förderschulklassen an Regelschulen) unterstützen. Damit schaffen wir für die Kinder die Chance, in einem speziell auf sie zugeschnittenen Setting zu lernen. Viele Kinder profitieren aber auch von der inklusiven Beschulung. Hierfür müssen jedoch die Rahmenbedingungen stimmen. Wir wollen die sonderpädagogische Grundversorgung ausbauen und dafür sorgen, dass jede Schule mindestens einen festen Sonderpädagogen als Ansprechpartner erhält, der auch in das Kollegium der Schule eingebunden werden soll. Die drei Säulen der Inklusion (inklusive Beschulung, Kooperationsklassen und Beschulung an der Förderschule) werden vom Förderschulzentrum verwaltet. Für die Schulbegleitung wollen wir landeseinheitliche Standards schaffen und die Möglichkeit eröffnen, die

kindbezogene Schulbegleitung zu bündeln, damit die ganze Lerngruppe davon profitiert.

4. Ja. Wir setzen uns aktiv für Betreuungsmöglichkeiten und eine gesunde Mittagsverpflegung an den niedersächsischen Ganztagschulen ein.

5. Wir Freie Demokraten fordern eine deutliche Anhebung der Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft und eine transparente und nachvollziehbare Berechnung der Finanzhilfe. Die Schulen in freier Trägerschaft sind oftmals Motor für pädagogische Reformprozesse und führen die Schülerinnen und Schüler zu den gleichen Abschlüssen wie staatliche Schulen. Aus Sicht der Freien Demokraten hat die Schulaufsicht zu gewährleisten, dass die Abschlüsse gleich sind, aber beim Weg zu den Abschlüssen müssen die Schulen in freier Trägerschaft die Freiheit erhalten, ihrem pädagogischen Anspruch gerecht werden zu können. Bei Investitionen in Inklusion, Schulsozialarbeit oder Digitalisierung sind die Schulen in freier Trägerschaft unverzüglich und gleichwertig zu berücksichtigen. Nach der dreijährigen Anerkennungsfrist sollen neugegründete Schulen in freier Trägerschaft rückwirkend mindestens einen Teil der Finanzhilfe für diese Zeit erhalten.

6. Wir Freie Demokraten fordern eine Unterrichtsgarantie für unsere Schülerinnen und Schüler. Unterricht ist das Kerngeschäft von Schule und sollte wieder im Mittelpunkt stehen. In der rot-grünen Regierungszeit sind rund 5 Millionen Unterrichtsstunden ausgefallen. Für die einzelne Schülerin und den einzelnen Schüler bedeutet dies, dass im Durchschnitt jede zehnte Unterrichtsstunde ausfällt. Wir wollen die Unterrichtsversorgung derart verbessern, dass sichergestellt ist, dass bei besonderen Engpässen das erforderliche Personal vorhanden ist, um fachgerechten Unterricht zu gewährleisten. Die Unterrichtsgarantie muss mit einer verbesserten Datenerhebung einhergehen. Wir werden prüfen, welcher Rhythmus hierfür am geeignetsten ist (Monat, Quartal etc.).

7. Ja. Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit ihren Eltern frei die Schule wählen können, die für ihren Bildungserfolg geeignet ist. Diese Wahlfreiheit darf aber nicht durch hohe Beförderungskosten nach der 10. Klasse eingeschränkt werden. Wir setzen uns deshalb für die gebührenfreie Schülerbeförderung für alle Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen ein. Das bedeutet, dass Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe zukünftig kostenlos ihre Schule erreichen sollen. Dies gilt dann sowohl für allgemeinbildende als auch für berufsbildende Schulen. Die Kosten hierfür sollen den Landkreisen und kreisfreien Städten vom Land erstattet werden.

8. Ja. Wir streben die Einführung der Lernmittelfreiheit an. Priorität haben für uns allerdings zunächst die Unterrichtsversorgung, die Inklusion, die Digitalisierung und die kostenfreie Schülerbeförderung in der Sekundarstufe II.

9. Zur Umsetzung der Unterrichtsgarantie ist es notwendig, dass die Schulen mindestens über eine vierprozentige Unterrichtsreserve verfügen. Wir wollen daher den Pflichtunterricht mit einer solchen Reserve ausstatten. Im Schuljahr 2016/17 betrug der Grundbedarf der Schulen 1.115.200,1 Unterrichtsstunden pro Woche. Eine vierprozentige Reserve für diesen Grundbedarf würde demnach 44.608 Unterrichtsstunden pro Woche ausmachen.

Aktuell fließen 78.343,3 Unterrichtsstunden pro Woche in den Ganztags schulbetrieb, sprich in die Betreuung am Nachmittag. Davon sind 55.759 Unterrichtsstunden pro Woche mit real existierenden Lehrkräften hinterlegt. Die Freien Demokraten wollen die Ganztags schule nicht abschaffen, sondern klare Prioritäten setzen: Lehrkräfte sind primär eingestellt um Unterricht zu erteilen. Es ist nicht hinnehmbar, dass vormittags Unterricht ausfällt und die Schüler nachmittags von Lehrkräften betreut werden. Wir werden daher nach der Landtagswahl die notwendigen Stunden zurückverlagern in den Kernbereich der Schule, den Unterricht. Es verbleiben immer noch mehr als 400 real existierende Lehrkräfte für den Ganztagsbereich.

Dieses Vorgehen führt nicht zu einer befürchteten Ganztags schule light. Wir werden den Schulen die verlagerten Stunden auf einer verbesserten Basis vergüten, so dass wieder Vereine, Verbände und qualifizierte Kräfte die Betreuung im Ganztagsbereich übernehmen können. Die Beträge werden derart kapitalisiert, dass daraus auch möglicherweise entstehende Abgaben zur Sozialversicherung vergütet werden können. Darüber hinaus haben sich durch Gesetzesänderungen klare rechtliche Vorgaben zur Ermöglichung der Arbeitnehmerüberlassung für den Ganztags schulbereich ergeben. Alte Probleme werden daher nicht wieder auftreten. Die Kosten für den Ausgleich dürften sich auf ca. 70 Millionen Euro pro Jahr belaufen (Lehrerstunden im Ganztags sind teurer).

Die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung, kleinere Klassen und die Inklusion sorgen für einen erhöhten Lehrerbedarf. Wir Freie Demokraten fordern eine vorausschauende Personalplanung für die niedersächsischen Schulen. Schon heute lässt sich der Bedarf an Lehrkräften in fünf, zehn oder fünfzehn Jahren prognostizieren. Wir wollen, dass die niedersächsischen Hochschulen genügend Studienkapazitäten nach Lehramts- und Fächerbedarf vorhalten, damit an den Hochschulen in Niedersachsen mindestens der Lehrerbedarf für Niedersachsen ausgebildet wird.

10. Unser Ziel ist es, die Unterrichtsverpflichtung für Lehrkräfte an Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen sowie für Fachpraxis auf 26 Wochenstunden zu senken. Dafür werden wir nach der Wahl einen Stufenplan entwickeln und nach Haushalts- und Personallage umsetzen. Wir wollen die Altersermäßigung für Lehrkräfte wieder auf das Niveau vor der rot-grünen Landesregierung anheben. Wenn Lehrerinnen und Lehrer im Alter ein bis zwei Stunden weniger arbeiten, dadurch aber nicht in Frühpension gehen, gewinnen wir ein Vielfaches an Unterrichtsstunden in der Woche. Wir wollen Schulsozialarbeit an allen Schulen in Niedersachsen. Schulsozialarbeit hilft den Kindern, Probleme aus ihrem sozialen Umfeld zu reflektieren, zu verarbeiten und zu lösen – das entlastet die Lehrkräfte. Wir wollen Schulen von Bürokratie befreien und mit den Schulträgern Mindeststandards für die Vergütung und die Arbeitsstunden von Schulverwaltungs Kräften nach Schülerzahl und Schülerform festlegen und mit einer Stärkung der Schulverwaltungs Kräfte die Schulleitungen vor Ort entlasten.

11. Ja. Die Aufgaben und die Belastung der Lehrkräfte sind derartig gewachsen, dass wir eine Besoldung nach A13 für alle Lehrkräfte anstreben. Dies ist auch im Hinblick darauf, dass die Bundesländer im Wettbewerb miteinander um Lehrkräfte stehen und zahlreiche Bundesländer die Besoldung bereits angehoben haben, mittelfristig unausweichlich. Als Sofortmaßnahme nach der Wahl wollen wir Leitungsposten an kleinen Grundschulen besser vergüten. Wir wollen den Sprung auf A13, also eine komplette Besoldungsgruppe höher, erreichen. Anschließend werden wir weitere Besoldungserhöhungen vornehmen.

12. Ja. Wir Freie Demokraten wollen Ruhe an die Schulen in Niedersachsen bringen. Wir wollen nach wie vor einen Schulfrieden, der die Vielfalt und damit die Wahlfreiheit bei den Schulangeboten sichert. Das bedeutet insbesondere, dass in jedem Landkreis und jeder kreisfreien Stadt differenzierende Schulformen als Alternative zur Gesamtschule vorgehalten werden. Wir bekennen uns klar zum mehrgliedrigen Schulsystem und zum Gymnasium. Unser Hauptanliegen ist es, die Schulen die nächsten Jahre in Ruhe arbeiten zu lassen, ohne von Halbjahr zu Halbjahr Reformen zu machen und von Schuljahr zu Schuljahr das Schulgesetz zu ändern. Wir wollen, dass die Schülerinnen und Schüler und der Lernerfolg wieder im Mittelpunkt der Schulpolitik stehen.

13. Ja. Wir Freie Demokraten wollen Bildung für Nachhaltige Entwicklung stärker in der Lehramtsausbildung berücksichtigen. Der Einstieg erfolgte dazu bereits in unserer Regierungsverantwortung zwischen 2008 und 2013 im Rahmen der 2. Phase. Dies soll fachbezogen und fachübergreifend geschehen. Zur Förderung des Verständnisses von gesundem und umweltbewusstem Lebenswandel wollen wir die Verbraucherbildung stärken. Wir wollen zudem

einen Haushalts- und Ernährungsführerschein zur Vermittlung von Grundfertigkeiten der Hauswirtschaft in Schule der fördern. Nur wer die Grundlagen der Nachhaltigkeit in seinem eigenen Leben verankert hat, kann auch global für Nachhaltigkeit eintreten. Darüber hinaus wollen wir die Behandlung von Wirtschaftsthemen durch Lehrkräfte verstärken. Das Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge ist Voraussetzung dafür, sich erfolgreich für nachhaltige Entwicklung in Deutschland und weltweit einsetzen zu können.

14. Ja. Wir Freie Demokraten haben das Ziel, dass die jungen Erwachsenen nach der Schule nicht nur für sich Verantwortung übernehmen können, sondern auch als Teil der Gesellschaft für die Gesellschaft Verantwortung übernehmen können. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir die Schülerinnen und Schüler schon frühzeitig an Themen und Probleme der nachhaltigen Entwicklung heranzuführen. Wir wollen daher das UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in Niedersachsen wieder stärken. Schulen sollen neben den regionalen Umweltzentren, den Umweltschulen, den Zukunftsschulen, usw. insbesondere bei der Fortführung und Neugründung von nachhaltigen Schülerfirmen unterstützt werden. Hier lernen Schülerinnen und Schüler aller Schulformen nachhaltige Betriebs- und Mitarbeiterführung und lernen spielerisch, als Team zu fungieren, Entscheidungen zu treffen und Konfliktsituationen zu meistern. Zudem kann es als wichtiger Baustein der Berufsorientierung dienen.

15. Die Evaluation der Arbeit in den Schulen obliegt den Schulleitungen und der Schulaufsicht.

16. Wir wollen die Elternmitwirkung in den einzelnen Schulen stärken. Auf Landesebene wollen wir die 2012 eingerichtete Ombudsstelle ausbauen.

17. Wir Freie Demokraten fordern, dass die Schulen in die Lage versetzt werden, mit der Zeit zu gehen und die vielfältigen Möglichkeiten der Digitalisierung für die Steigerung der Unterrichtsqualität zu nutzen. Dabei beschränkt sich Digitalisierung nicht nur auf die Anschaffung interaktiver Tafeln; vielmehr kann verschiedene Lernsoftware genutzt werden, um starre Unterrichtsformen aufzubrechen und das Lernen individueller und passgenauer auf jede einzelne Schülerin und jeden einzelnen Schüler auszurichten. Wir unterstützen das Projekt der niedersächsischen Bildungscloud und wollen mit einer stärkeren Unterstützung der Landesinitiative n-21 den Aufbau beschleunigen. Wir fordern die Ergänzung der Bildungscloud um Angebote der Lehrerfortbildung und um die Verwaltungssoftware für die Schulen. Damit die Schulen, die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler aber überhaupt mit der Bildungscloud arbeiten können, wollen wir mit einem Landesprogramm ergänzt um die

Digitalisierungsoffensive des Bundes jede Schule in Niedersachsen mit einem Breitbandanschluss und WLAN ausstatten. Dadurch wird es ermöglicht, dass die Schülerinnen und Schüler mit ihren eigenen Smartphones oder Tablets auf die Bildungscloud zugreifen können und das Land nicht selbst alle Jahre wieder neueste Endgerätetechnik einkaufen muss. Schülerinnen und Schülern, die selbst kein geeignetes mobiles Endgerät besitzen, wird ein entsprechendes Gerät von der Schule gestellt. Mit der Cloudlösung entfallen mittelfristig die zeitaufwendigen administrativen Aufgaben an den Servern der Schulen, die in der Regel durch Lehrkräfte zusätzlich zum Unterricht wahrgenommen werden müssen.

18. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Lehrkräfte fit für die Vermittlung digitaler Kompetenzen zu machen. Wir wollen die Lehrkräfte mittels einer Fortbildungsoffensive dahingehend weiterbilden, dass die Infrastruktur auch tatsächlich eingesetzt und genutzt wird. Denn entscheidend für gute Bildung ist auch in Zukunft die Lehrkraft. Alle Studien zeigen: Zentral sind und bleiben die Lehrerinnen und Lehrer. Kein Computer kann sie ersetzen. Daher müssen zeitgemäße Aus-, Fort- und Weiterbildung ermöglichen. Und auch für die Lehrkräfte muss eine zeitgemäße digitale Infrastruktur in Bildungseinrichtungen gewährleistet sein. Wir müssen unseren Teil dazu beitragen, damit Lehrkräfte ein Leben lang motiviert jede Schülerin und jeden Schüler bestmöglich fördern und fordern können. Dies gelingt nur, wenn die Lehrerinnen und Lehrer selbst die Bereitschaft zeigen, sich permanent den neuen Herausforderungen der Digitalisierung zu stellen und dabei nachhaltig unterstützt werden.

19. Wir setzen uns dafür ein, dass benachteiligte Schülerinnen und Schüler stärker unterstützt werden. Wir wollen Schulsozialarbeit an allen Schulen in Niedersachsen. Daher werden wir den Bereich deutlich ausbauen und dabei keinen Unterschied zwischen Schul- oder Organisationsformen machen. Schulsozialarbeit bietet den Kindern die Chance, Probleme aus ihrem sozialen Umfeld zu reflektieren, zu verarbeiten und zu lösen. Damit können sich die Kinder besser auf den Unterricht konzentrieren, ein wesentlicher Beitrag zu ihrem Bildungserfolg. Neben der Schulsozialarbeit wollen wir aber auch die Schulpsychologie ausbauen, damit lange Wartelisten auf einen Termin beim Schulpsychologen ein Ende haben. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele Schülerinnen und Schüler die gemeinsamen Lernziele erreichen.

20. Ja. Wir werden den Landeselternrat frühzeitig in Gesetzgebungsverfahren einbinden.

21. Wir werden prüfen, ob der Einschulungstermin flexibilisiert bzw. nach hinten verschoben werden sollte.

22. Wir wollen die 2012 eingerichtete Ombudsstelle im Kultusministerium ausbauen, damit Eltern, Schülerinnen und Schüler rückschlussfreie Beschwerden einreichen können. Die Einbindung in das Kultusministerium sichert die hohe Bedeutung der Ombudsstelle. Leider hat die rot-grüne Landesregierung die Ombudsstelle nicht weiter ausgebaut oder auch nur beworben.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Stefan Birkner